8. Mai: Tag der Freude und Tag der Reflexion

Am 8. Mai 1945 kapitulierte das verbrecherische NS-Regime. Es ist daher erfreulich, dass dieses Jahr bereits zum zweiten Mal das "Fest der Freude" hier am Heldenplatz stattfindet. Und erfreulich ist auch, dass führende VertreterInnen der Zweiten Republik hier und heute das Wort ergreifen.

Wir stimmen Oskar Deutsch, dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien,zu, der heute



festhielt: "Politik und Zivilgesellschaft sind gefordert populistischer, antisemitischer und rassistischer Hetze gegen Andersdenkende keinen Fußbreit Boden zu überlassen und gegen Hetzer politisch, und wenn nötig auch juristisch vorzugehen."

Auch wir sind der festen Überzeugung, dass ein entschlossenes Vorgehen aller DemokratInnen und AntifaschistInnen gegen das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien notwendig ist. Zugleich gilt es die Gründe für das Erstarken des Rechtsextremismus zu reflektieren.

Natürlich finden einfache Lösungen immer Zuspruch, natürlich geben sich nicht wenige Menschen gerne mit Sündenböcken, die als Schuldige präsentiert werden, zufrieden. Ist es aber wirklich verwunderlich, wenn eine Alleinerzieherin, die trotz Erwerbstätigkeit

kaum über die Runden kommt, verzweifelt, weil zugleich Tatsache ist, dass 80 Prozent der Gelder für die angebliche Rettung Griechenlands bei Banken und Spekulanten gelandet sind während Löhne, Pensionen und Gesundheitswesen in Griechenland abgebaut wurden? Ist es verwunderlich, wenn ein Mindestpensionst, dessen Pension kaum erhöht wird, der Hetze gegen angebliche Sozialschmarotzer auf den Leim geht? Ist es wirklich erstaunlich, wenn ein Mensch, den die Arbeit kaputt gemacht hat, nun auf die Vision des vereinten und friedlichen Europa pfeift, da er keine Invaliditätspension mehr bekommt, weil er noch nicht über 50 ist?

Wer zulässt, dass die Kluft zwischen der großen Mehrheit der Bevölkerung und einigen wenigen Euro-Milliardären immer größer wird, wer es geschehen lässt, dass Banken wie z.B. die Hypo auf Kosten der SteuerzahlerInnen mit Milliarden-Beträgen gerettet werden, wer die Augen vor dem Leid von zehntausenden Menschen an den Grenzen der Festung Europa verschließt, der/die wird - so ist zu befürchten - dem Vormarsch rechtsextremer Parteien nicht erfolgreich Paroli bieten können.

Wir meinen: "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg" erfordert konsequentes Eintreten für soziale Gerechtigkeit (nicht nur auf Plakaten und während der Zeit von Wahlkämpfen) und Demokratie und die Verwirklichung eines humanistischen Grundprinzips, welches leider auch 2014 in Österreich noch immer nicht Realität ist: Gleiche Rechte für alle Menschen, die in Österreich leben.

